

# Bittere Pille für die Versicherten



Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen und Bundeskanzler Friedrich Merz (beide CDU) bereiten die Menschen auf teils tiefe Einschnitte vor. Foto: Kay Nietfeld/dpa

ANTJE HÖNING - UND JAN DREBES

Das Kabinett bringt die umstrittene Gesundheitsreform auf den Weg. Ministerin Warzen verteidigt die Pläne gegen breite Kritik. Doch jetzt sind die Parlamentarier am Zug.

**BERLIN/DÜSSELDORF** Diese Ehre wird nicht jedem Kabinettsmitglied zuteil: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) lädt am Mittwoch nach der Kabinettsitzung zum Pressetermin mit Gesundheitsministerin Nina Warzen (CDU) ins Kanzleramt. Der Anlass: Die größte Gesundheitsreform der vergangenen zwei Jahrzehnte. Der Kanzler nennt das Unterfangen „historisch“, die Ministerin bereitet die Menschen und alle Beteiligten auf teils tiefe Einschnitte vor.

## Wer muss die meisten Einsparungen leisten?

Der größte Teil der Entlastungen soll 2027 mit 11,2 Milliarden Euro oder rund 69 Prozent aus Vergütungsbegrenzungen und Einsparungen bei Praxen, Kliniken und Herstellern kommen. Die Patienten sollen 2,5 Milliarden Euro oder 15 Prozent beisteuern – zuvor waren 3,8 Milliarden Euro oder 19 Prozent vorgesehen. Die Arbeitgeber sollen 3,1 Milliarden Euro oder 19 Prozent der Sparsumme tragen, die Kassenmitglieder 1,2 Milliarden Euro oder sieben Prozent. Der Bund würde 2027 unter dem Strich keine

Entlastung leisten, sondern 1,8 Milliarden Euro für sich sichern. Ab 2030 soll von Bundesseite dann eine leichte Entlastung eintreten. Zudem soll es eine Zuckersteuer geben, die 450 Millionen Euro im Jahr bringen soll.

### **Übernimmt der Staat mehr Kosten für Bürgergeldempfänger?**

Für die Gesundheitskosten von Bürgergeldbeziehern, die generell gesetzlich versichert sind, soll es mehr Steuergeld geben: Zunächst 250 Millionen Euro für 2027, der Betrag soll dann Jahr für Jahr aufwachsen. Hintergrund ist, dass die vom Bund gezahlte Pauschale die Kosten nicht deckt. Laut Expertenkommission resultieren daraus aber Kassenausgaben von zwölf Milliarden Euro im Jahr. Zugleich sieht der Entwurf vor, dass der reguläre Bundeszuschuss an die Kassen von jährlich 14,5 Milliarden Euro als Beitrag zur Haushaltssanierung gekürzt werden soll – und zwar ab 2027 auf jährlich 12,5 Milliarden Euro.

### **Was passiert mit den Beiträgen?**

Ziel des Gesetzes ist es, die Krankenkassenbeiträge zu stabilisieren und einen neuen Schub zum Jahreswechsel zu verhindern. Die Kassen bezweifeln aber, dass das von 20 auf 16 Milliarden Euro gesenkte Sparvolumen dafür reicht. Damit würden „mit sehr viel Glück vielleicht nächstes Jahr die Beiträge nicht steigen, danach aber wieder weiter“, sagte Jens Baas, Chef der Techniker Krankenkasse. „Das deformierte Sparpaket reicht nicht mehr aus, um die Beiträge bis 2029 stabil halten zu können“, sagte DAK-Chef Andreas Storm. Der Beitrag, den sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen, liegt aktuell bei 17,5 Prozent.

### **Was ändert sich in Apotheke und Krankenhaus?**

Für die Kassenpatienten soll die Zuzahlung für rezeptpflichtige Medikamente auf 7,50 Euro bis 15 Euro pro Packung steigen. Derzeit liegt die Zuzahlung zwischen fünf und zehn Euro. Auch in Krankenhäusern soll die Zuzahlung der Patienten pro Tag entsprechend steigen. Damit werden Patienten mit rund zwei Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich belastet. Die Zuzahlungen fließen den Kassen zu. Zudem sollen die Apotheken den Kassen einen höheren Rabatt gewähren: Dieser wird von 1,77 Euro auf 2,07 Euro pro Packung erhöht. „Dadurch werden die Apotheken weiter geschwächt“, kritisiert Apotheken-Präsident Thomas Preis – zumal die versprochene Anhebung des Honorars (Packungs-Fixum) auf 9,50 Euro immer noch nicht komme. Homöopathische Mittel sollen nicht mehr von Kassen übernommen werden. Die Krankenhausgesellschaft warnt wegen verlangter Einsparungen vor weiteren Schließungen von Kliniken.

### **Kann man künftig schwerer in die private Krankenversicherung wechseln?**

Ja. Denn die Koalition will nicht nur die Beitragsbemessungsgrenze anheben, die den maximalen Beitrag bestimmt, sondern auch die Versicherungspflichtgrenze. Letztere gibt an, welches Einkommen man mindestens haben muss, um überhaupt in die private Krankenversicherung (PKV) wechseln zu dürfen. Aktuell liegt die Pflichtgrenze bei 77.400 Euro. Diese soll nun ab 2027 um 300 Euro pro Monat und damit auf 81.000 Euro im Jahr angehoben werden. So will die Koalition eine Flucht der Gutverdiener aus den Krankenkassen verhindern. Die Branche ist erzürnt. „Die geplante Anhebung ist faktisch die Bürgerversicherung für Angestellte – ein direkter Angriff auf die Wahlfreiheit von Millionen Arbeitnehmern“, sagt PKV-Chef Florian Reuther. Damit beschädige die Regierung den Wettbewerb und schwäche die demografiefeste private Versicherung.

### **Welche Punkte werden im parlamentarischen Verfahren vielleicht noch geändert?**

Die geplanten Einschränkungen der kostenfreien Mitversicherung von Ehepartnern gehören zu den umstrittensten Schritten. Bleiben soll sie für Kinder, Eltern von Kindern bis zum siebten Geburtstag und von Kindern mit Behinderungen sowie Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen und im Regel-Rentalter. Für andere noch kostenlos mitversicherte Partner sollen Kassenmitglieder ab 2028 einen Beitragszuschlag von 2,5 Prozent zahlen. Auch über andere Pläne der Regierung wird noch einmal gesprochen. So soll die alle zwei Jahre mögliche Hautkrebsvorsorge für alle Erwachsenen auch ohne Symptome überprüft werden. Einig ist man sich schon an anderer Stelle geworden: Eine zunächst geplante Senkung des Krankengelds kommt doch nicht.

Die geplante Einführung einer Abgabe auf zuckergesüßte Erfrischungsgetränke stößt bei Branchenvertretern der Lebensmittelwirtschaft und Fachleuten auf ein geteiltes Echo. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung lobte die Pläne. „Die Einführung einer Abgabe auf Süßgetränke kann zur Prävention der Adipositas und anderer ernährungsmitbedingter Erkrankungen beitragen“, hieß es. Der Vorstandschef der Edeka-Zentrale, Markus Mosa, kritisierte: „Zusätzliche Abgaben würden das ohnehin angespannte Konsumklima weiter verschlechtern – wachstumsfördernde Impulse bleiben dagegen aus. Unsere Kunden sollen selbst entscheiden, was sie kaufen und essen.“ Zurückhaltend äußerte sich auch der Chef der Rewe-Gruppe, Lionel Souque: In Großbritannien habe die Zuckersteuer offenbar keinen eindeutigen Erfolg. Souque zufolge ist Rewe auch selbst aktiv. „Wir reduzieren bei unseren Eigenmarken bereits Salz, Zucker und Zusatzstoffe – soweit das geschmacklich geht. Und wir setzen auf klare Informationen und Auswahl – statt auf neue Abgaben.“

